



# Service-Kahlschlag bei der Post wird tausende Arbeitsplätze vernichten

**Claudia Klimt-Weithaler: „Bevölkerung wird mit leeren Versprechungen getäuscht“**

*Vor der letzten Nationalratswahl im Jahr 2008 hat sich Bundeskanzler Faymann noch zum „Retter der Postämter“ stilisiert. Jetzt schweigen sowohl Bundes- als auch Landesregierung, obwohl die Österreichische Post AG sämtliche Postfilialen außerhalb der Landeshauptstadt schließen möchte. Darauf weist KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler hin.*

Die KPÖ hat im Landtag mehrfach die zahllosen Verschlechterungen thematisiert, die die Privatisierung und Umwandlung der Post in eine AG mit sich gebracht hat: Das Angebot für die Bevölkerung hat sich drastisch verschlechtert, zahlreiche Arbeitsplätze wurden vernichtet.

„Wenn die Post kein Geschäft mit ihren Filialen machen kann, warum sollen Private dann das Risiko eingehen? Die Post sperrt eine Filiale nach der anderen zu, aber von den sagemuwobenen Postpartnern ist nicht viel zu sehen. Mit diesen Ankündigungen soll die Bevölkerung ge-

täuscht werden“, zweifelt Klimt-Weithaler an der Versprechungen der Postmanager.

Klimt-Weithaler: „Seit die Post eine AG ist, regieren dort die Interessen der Aktionäre. Die wollen möglichst viel Geld aus dem Unternehmen pressen, Servicequalität und Arbeitsplätze spielen dabei keine Rolle. Anzurechnen ist dem Management nur, dass es diese katastrophalen Pläne vor den Gemeinderatswahlen öffentlich gemacht hat. Wir werden die Bevölkerung daran erinnern, dass die schrittweise Privatisierung der Post von SPÖ und ÖVP vorbereitet und dann von Schwarz-Blau-Orange endgültig umgesetzt wurde.“



**Zuhören. Helfen. Durchsetzen.**



**Claudia Klimt-Weithaler**

## KURZMELDUNGEN

**Zur KPÖ-Initiative, dem Lohndumping im Bereich der KAGES** einen Riegel vorzuschieben, nahm die Regierung ausweichend Stellung. Wie auch mehrere Tageszeitungen berichtet haben, werden in der Steiermark im Bereich der Gebäudereinigung Arbeitsplätze in private Firmen ausgelagert, deren Lohnniveau um 30 Prozent unter dem der KAGES liegt. Ohne diesen Vorwurf zu dementieren wies die Landesregierung darauf hin, dass „es nicht in die Kompetenz des Auftraggebers fällt, das Lohnniveau der Auftragnehmer zu hinterfragen. Es obliegt schließlich jeder einzelnen am Arbeitsmarkt auftretenden Firma, ihr Lohnniveau (...) selbst zu bestimmen.“

**Bei der Zuerkennung von Hinterbliebenenrenten** an Personen, deren Eltern oder ein Elternteil Opfer des NS-Regimes geworden sind, wurde eine Gesetzesänderung beantragt. Die Republik Österreich verweigert eine Rente, obwohl dies bei objektiver Betrachtung und aus moralisch-ethischen Gründen nur schwer nachvollziehbar ist. Bei den Betroffenen handelt es sich auch um Männer und Frauen im Alter von bis zu 65 und 75 Jahren, deren Eltern aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen ermordet wurden. Viele von ihnen leiden an den Spätfolgen des tragischen Schicksals, dass sie in ihrer Kindheit erleiden müssen.

# Neue Gemeindeordnung: KPÖ gegen Maulkorb für Opposition

Murgg: „Kritiker sollen mit Regelung mundtot gemacht werden“



LABg. Werner Murgg

Die KPÖ hat Teilen der novellierten Steiermärkischen Gemeindeordnung nicht zugestimmt, da sie eine Maulkorbregelung für Gemeindevandamentinnen und -mandatäre enthält.

KPÖ-LAbg. Werner Murgg: „Wir sind der Auffassung, dass grundsätzlich alle im Gemeinderat zu behandelnden Themen in öffentlicher Sitzung behandelt werden sollen. Ausgenommen davon sollen nur Bereiche sein, die ohnehin dem Datenschutzgesetz unterliegen.“

Auch die geplanten Geldstrafen für Verletzung der Vertraulichkeit werden von der KPÖ abgelehnt, denn damit sollen offensichtlich kritische Mandatärinnen und Mandatäre mundtot gemacht werden. „In der Praxis hat es sich immer wieder gezeigt, dass beispielsweise Bürgermeister mit der Vertraulichkeit sehr großzügig umgehen können. Auf der anderen Seite möchte man

Gemeinderätinnen und Gemeinderäte maßregeln, wenn sie Dinge an die Öffentlichkeit bringen, die die Mehrheitsfraktion unter den Teppich kehren möchte“, so Murgg.

Die KPÖ spricht sich in der neuen Novelle auch vehement gegen den Paragraphen aus, der die Gemeinden ermächtigt, die Gebühren so stark zu erhöhen, dass die das Doppelte dessen ausmachen, was kostendeckend wäre. Murgg dazu: „Es kann nicht sein, dass Gemeindehaushalte durch extreme Belastung der Bürger saniert werden.“

Privilegien  
Gebührenerhöhungen  
Freunderwirtschaft?

Mit uns nicht!



[www.kpoe-steiermark.at](http://www.kpoe-steiermark.at)

Bei der Gemeinderatswahl am 21. März kandidiert die KPÖ in 25 steirischen Gemeinden.

## SPÖ-Stiftung: KPÖ fordert Abschaffung von Steuerprivilegien

### Kaltenegger für Beschränkung der Wahlkampfkosten

Im Rahmen der Dringlichen Anfrage zur SPÖ-Stiftung in der heutigen Landtagssitzung nahm KPÖ-Klubobmann Ernest Kaltenegger zu den Vorgängen Stellung, die bereits mehrfach Anlass zur Kritik gegeben haben.

Ernest Kaltenegger: „Die Wählerinnen und Wähler werden selbst beurteilen, wie sie die Frage der SPÖ-Stiftung sehen. Wir sollten uns aber fragen, warum die Parteien immer mehr Geld brauchen. Selbst kleine Wahlkämpfe werden zu gewaltigen Materialschlachten, die Demokratie wird dadurch aber nicht interessanter, wie man an der Wahlbeteiligung ablesen kann. Jene Parteien, die am meisten hineinpulvern, haben

die größten Chancen. Darüber müssten wir diskutieren.“

Der Ausweg wäre aus Sicht der KPÖ einerseits eine Wahlkampfkostenbeschränkung, andererseits eine Abschaffung der Steuerprivilegien für Stiftungen wie jene der SPÖ.

„In Österreich gibt es Steuerprivilegien, wir sind für manche ein Steuerparadies. Ob es ein Konzern ist, der Privatstiftungen nutzt, eine reiche Privatperson oder eine Partei, ist nicht die entscheidende Frage. Es ist notwendig, gegen Steuerschwindel mit voller Kraft vorzugehen. Es ist klug und sinnvoll, an die Daten aus der Schweiz heranzukommen“, ergänzt der KPÖ-Klubobmann.

## Wohnbauförderung: Kaltenegger warnt vor höheren Mieten und Vernichtung von Arbeitsplätzen



In der Landtagssitzung vom 9. Februar wollte die SPÖ die Bundesregierung mit einer Zweckbindung bei den Wohnbaufördermitteln einzuführen. Das nahm KPÖ-Klubobmann Ernest Kaltenegger zum Anlass, erneut eine entsprechende Regelung in der Steiermark schon jetzt einzufordern, die schließlich einstimmig angenommen wurde: „Wohnbaumittel könnten auch jetzt schon ausschließlich für den Wohnbau eingesetzt werden. Tat-

sächlich wurden diese Mittel in den letzten Jahren aber zum Stopfen von Budgetlöchern herangezogen. Der Rücklagenfond wurde komplett ausgeräumt, trotz aller Warnungen von Experten. Die Folge ist eine Verknappung des Angebots und in weiterer Konsequenz eine Teuerung bei den Mieten. Wenn nicht rasch etwas geschieht, wird der soziale Wohnbau in der Steiermark zum Erliegen kommen, mit allen Konsequenzen: Weniger Wohnbau bedeutet auch weniger Arbeitsplätze!“

# Politikerbezüge kürzen!

**KPÖ erneuert im Landtag Forderung Bezüge zu kürzen. Klimt-Weithaler: „Einkommen von PolitikerInnen sind nicht mehr nachvollziehbar.“**

*Auf Antrag der KPÖ wurde im Landtag über eine Beschränkung der PolitikerInnenbezüge diskutiert. Der Vorschlag, die Bezüge der Mitglieder der Landesregierung und des Landtages um ca. 30 Prozent zu reduzieren, bekam keine Mehrheit.*

Im Detail hat die KPÖ vorgeschlagen, den höchsten Bezug auf das Fünffache des Ausgleichszulagensatzes für MindestpensionistInnen zu beschränken. Das entspricht einer Bezüge-Kürzung von ca. 30 Prozent. „Damit müsste kein

Landespolitiker am Hungertuch nagen, die Bezüge würden sich aber ein Stück nach unten in Richtung jener Einkommen bewegen, mit dem der Großteil der Bevölkerung auskommen muss“, betont KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler. Dementsprechend soll die Einkommenspyramide angepasst werden.

Schon jetzt klappt die Schere zwischen den Einkommen von PolitikerInnen und jenen der Masse der Beschäftigten und PensionistInnen weit auseinander. Während ein Mindestpensionist derzeit monatlich mit rund 745 Euro das Auslangen finden muss, bekommt der Inhaber des

höchsten politischen Amtes in der Steiermark, also der Landeshauptmann, 15.500 Euro brutto monatlich.

Dem Argument, die „gescheiterten Köpfe“ würden der Politik dann fernbleiben, kann Klimt-Weithaler nichts abgewinnen. „Wir fordern ja nicht, dass PolitikerInnen unterbezahlt werden sollen. Wir wollen, dass die Höhe der Bezüge der PolitikerInnen in einem nachvollziehbaren Verhältnis zum durchschnittlichen Einkommen der arbeitenden Bevölkerung steht.“

Die Initiative wurde von SPÖ, ÖVP und Grünen abgelehnt.



**Nagellack  
- Echrot:  
Unter Tel:  
0316 877 51 02  
bestellen!**



## Durchgesetzt: Neue Gutscheinaktion für herrenlose Katzen

**LAbg. Renate Pacher: „Gutscheinaktion wird Tierleid verhindern“**

Auf Antrag von KPÖ-LAbg. Renate Pacher hat der steirische Landtag am 9. Februar einstimmig beschlossen, die Gutscheinaktion zur kostenlosen Kastration bzw. Sterilisation herrenloser Katzen wieder aufzunehmen. Diese Aktion wurde 2006 unter Beteiligung von TierärztInnen, Gemeinden und dem Land ins Leben gerufen, allerdings waren die Gutscheinkontingente schnell erschöpft.

Die uneingeschränkte Vermehrung von Streuner Katzen in der Steiermark ist ein Problem, das TierschützerInnen seit langem am Herzen liegt. Diese Tiere müssen lebenslang – vor allem in der kalten Jahreszeit – Futtermangel ertragen. Wenn sie erkranken oder Verletzungen erleiden, gehen sie qualvoll zugrunde.

Die KPÖ hat deshalb den

*KPÖ-LAbg.  
Renate Pacher*



Antrag gestellt, die Gutscheinaktion fortzusetzen und auszuweiten. „Der Antrag wurde nun im Agrarausschuss einstimmig angenommen“, freut sich LAbg. Renate Pacher. „Das rasche Handeln des Landtags in dieser Frage ist sehr positiv, denn viel Tierleid kann dadurch verhindert werden.“

Die Abwicklung erfolgte über Gutscheine, welche die Gemeinden an Personen ausgibt, die streunende Katzen einfangen und dem ansässigen Tierarzt zur Kastration übergeben.

## 10,1 % Arbeitslose: Höchster Wert seit 1945

**Klimt-Weithaler: „Trotz 50.000 Arbeitsloser hört man von Regierung nur sinnloses Geplänkel“**

Die Arbeitslosenrate in der Steiermark steigt weiter und liegt nach offiziellen Angaben bereits bei 10,1 Prozent. 60.000 sind arbeitslos oder in AMS-Schulungen. Trotz dieser erschreckenden Zahlen hat die Landesregierung nichts anderes zu tun, als mediale Schaukämpfe über weit unwichtigere Themen auszurichten. Das kritisiert KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler angesichts jüngsten Auseinandersetzung zwischen ÖVP und SPÖ.

Klimt-Weithaler erinnert Landeshauptmann Voves an die von ihm selbst ins Spiel gebrachte „Steiermark-Holding“. Mit diesem Instrument könnte das Land selbst Arbeitsmarktpolitik betreiben, anstatt sich immer stärker zum Befehlsempfänger von Banken und Konzernen degradieren zu lassen. Im März 2006 hat der

steirische Landtag beschlossen, die strategische Beteiligung an Firmen mit Standorten in unserem Bundesland zu sichern. Diesem Beschluss sind aber keine Taten gefolgt.

Claudia Klimt-Weithaler: „Die SPÖ hat unsere Bemühungen um eine Landesholding zwar mitbeschlossen, es wurden aber keine konkreten Schritte gesetzt. SPÖ und ÖVP begnügen sich damit, die Arbeitslosigkeit zu verwalten und mit Zahlenspielen schönzureden. Tatsache ist aber, dass die Arbeitslosigkeit weit über dem Bundesdurchschnitt liegt und bereits Rekordniveau erreicht hat. Der neoliberale Traum ist ausgeträumt. Nun muss sich die öffentliche Hand wieder den nötigen Spielraum verschaffen und selbst aktiv Arbeitsmarktpolitik betreiben. Arbeit gäbe es genug.“

# KPÖ: Keine Zustimmung zu „19-Millionen-Hüftschuss“ Murgg: „Sinnvolle Investitionen statt Eventpolitik!“

Der Landtag Steiermark trat am 10. Februar zum zweiten Mal innerhalb von 24 Stunden zusammen. Der Grund ist ein umfangreiches Förderungspaket von mehr als 18,9 Millionen Euro für die WM in Schladming 2013. Mit diesen Förderungen steigen die Mittel die das Land Steiermark für die Abhaltung der WM in Schladming ausgibt auf über 48,6 Millionen Euro, und dies vor dem Hintergrund von angedrohten Budgetkürzungen von 25% in allen Ressorts. Die Landesregierung wollte das Stück

im Eilverfahren durch den Landtag peitschen, scheiterte aber am Widerstand des KPÖ Landtagsklubs, der auf Einhaltung der vorgeschriebenen Fristen bestand.

Dazu KPÖ-LAbg. Werner Murgg: „Angesichts der Budgetsituation des Landes ist es grob fahrlässig, ohne Konzepte für die Nachnutzung der Infrastruktur oder Untersuchungen über die zu erwartenden Effekte in der Region, eine derart große Summe auszugeben.“

LAbg. Werner Murgg erinnert an die prekäre Situation, in welche

die Stadt Graz im Gefolge des Kulturhauptstadtjahres durch wenig nachhaltige Großprojekte gekommen ist: „Die KPÖ ist für sinnvolle Investitionen in den Regionen, aber gegen die Verschwendung von Unsummen für nicht nachhaltige Eventpolitik. Lieber den Gratiskindergarten erhalten als den Baumultis für ein millionenteures „Tor der Sieger“ im Zieleinlauf die Nase zu vergolden!“

Die KPÖ hat als einzige Landtagsfraktion gegen diese neuerliche 19-Millionen-Subvention gestimmt.



## KPÖ-LAbg. Renate Pacher zur Leiharbeits-Debatte „LeiharbeiterInnen werden zur Manövriermasse der Unternehmer“

*„Die Leiharbeit hat in den letzten Jahren geboomt. Immer mehr Menschen wurden in den letzten Jahren zu LeiharbeiterInnen – ich sage bewusst – degradiert.“ Mit diesem Satz habe ich im April 2009 die Begründung zu unserem Entschließungsantrag zur Zurückdrängung und Abschaffung der Leiharbeit begonnen.*

Wir haben uns damals sehr gefreut, dass der Antrag durch die Zustimmung der SPÖ die Mehrheit fand. SPÖ-Angeordneter Prutsch meinte damals wörtlich: „Ich bin der Meinung, dass die Zeitarbeit in dieser Form grundsätzlich in Frage zu stellen ist. Ich denke, wir sollten uns einig sein,

dass es keine schlechter gestellten Menschen am Arbeitsmarkt geben soll. Die Ist-Situation ist, wie angesprochen, schlimm. Das Unwesen muss zurückgedrängt werden.“

Das waren klare Worte. Heute erklärt der Abgeordnete Prutsch, er könne der Stellungnahme der Bundesregierung selbstverständlich zustimmen. Diese Stellungnahme ist ein klares Bekenntnis zur Leiharbeit. Leider hat – uns völlig unverständlich – die SPÖ im Ausschuss dieser Stellungnahme zugestimmt.

Die Stellungnahme aus dem sozialdemokratischen Bundeskanzleramt sieht die Leiharbeit ausschließlich positiv und hält wörtlich fest: ein Verbot oder eine Einschränkung der Arbeitskräfteüberlassung für nicht zielführend.

Kritik oder die Schattenseiten der Leiharbeit finden keinen Eingang in die Stellungnahme. Ganz im Gegenteil, es wird ausgeprägte Schönfärberei betrieben.

Die Wirklichkeit sieht für die in Zeitarbeit Beschäftigten anders aus: Es gibt eine Studie über Leiharbeit die belegt, dass 65 Prozent der zeitarbeitenden Frauen und 40 Prozent der Männer an der Armutsgrenze leben. Das Einkommen beträgt laut Studie oft weniger als 800 Euro, nur ein Drittel der Leiharbeitenden kann von der Arbeit gut leben. Doch davon steht in der Stellungnahme nichts zu lesen.

LeiharbeiterInnen werden zur Manövriermasse der Unternehmen. Die Krise hat gezeigt: Sie die ersten, die abgebaut werden. Zieht die Wirtschaft wieder an, sind es vor allem LeiharbeiterInnen, die wieder beschäftigt werden. Das alles führt zu einem ständigen Rückgang der Stammbelegschaft.

Ich möchte noch einmal an die Aussage von Kollegen Prutsch erinnern, der hier gesagt hat: „Ich denke, wir sollten uns einig sein, dass es keine schlechter gestellten Menschen am Arbeitsmarkt geben soll. Die Ist-Situation ist,



KPÖ-LAbg. Renate Pacher

wie angesprochen, schlimm. Das Unwesen muss zurückgedrängt werden.“

Das können wir nur unterschreiben und deshalb ist es völlig klar, dass wir dieser Stellungnahme nicht zustimmen können. Es wäre nur logisch und konsequent, wenn die SPÖ das Selbe tun würde.

Die GewerkschaftlerInnen haben die Aufgabe, die arbeitenden Menschen zu vertreten. Leiharbeit teilt die arbeitenden Menschen in zwei Klassen und ist abzulehnen. Die Annahme der Regierungsstellungnahme ist ein Armutszeugnis für SPÖ und ÖVP.

Renate Pacher



Kaltenegger - KPÖ, Tel. 0316 / 877 51 04,  
Landhaus, Herrengasse 16, 8010 Graz